

Sitzungsperiode 2023-2024
Sitzung des Ausschusses I vom 27. November 2023

FRAGESTUNDE*

• **Frage Nr. 1513 von Herrn MOCKEL (ECOLO) an Minister ANTONIADIS zur Zusammenarbeit mit frankophonen Nachbargemeinden in der Raumordnung**

Unter dem Titel "Ostbelgien und die Nachbargemeinden rücken wieder näher zusammen" veröffentlichte das Grenz-Echo am 18. November ein Gespräch mit den Bürgermeistern der DG-Nachbargemeinden Malmedy und Weismes.

Der Malmedyer Bürgermeister sagt dort unter anderem aus, dass so wie die Kultur und die sprachliche Identität der Ostbelgier in den ersten 50 Jahren der Autonomie im Mittelpunkt standen, dies in den kommenden 50 Jahren die Raumordnung sein werde. Hier sollten Malmedy und Weismes "wieder mit ins Spiel" kommen. Er führt die Bereiche Tourismus und Immobilienpreise als Beispiele an, wo über administrative Grenzen hinweg gemeinsame Überlegungen gemacht und Lösungen gefunden werden sollten.

Trotz der Tatsache, dass die Befugnisse in der Materie getrennt an jeder Seite der Sprachgrenze wahrgenommen werden, sollte man über administrative Grenzen hinweg zusammenarbeiten. So geschieht dies ja auch im Bereich Tourismus, mittels der TAO.

Die Raumordnung ist seit 2020 DG-Kompetenz und das entsprechende Gesetzbuch für räumliche Entwicklung hat sich mit der Reform Ende 2022 vom wallonischen Ursprungstext "Code du Développement Territorial" (CoDT) abgekoppelt. Eine interessante Möglichkeit der Zusammenarbeit zwischen Gemeinden im Bereich Raumordnung sind sog. plurikommunale Entwicklungsschemas. Diese machen besonders Sinn in Gegenden, die viele Gemeinsamkeiten haben, wie z.B. das Hohe Venn oder gemeinsame Industriezonen. Die Bestimmungen hierfür wurden aber auch 2022 in der DG leicht verändert und weichen somit von denen in der wallonischen Region ab.

Dazu hätte ich folgende Fragen an Sie, Herr Minister Antoniadis:

1. Wie bewerten Sie die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit den Gemeinden Weismes und Malmedy in Sachen Raumordnung?
2. Ist es nach Ihrer Einschätzung noch möglich, für deutschsprachige und französischsprachige Gemeinden gemeinsame plurikommunale Entwicklungsschemas zu erstellen?
3. Welche Unterstützung könnte die DG-Regierung in diesem Fall liefern?

* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

• **Frage Nr. 1514 von Herrn MOCKEL (ECOLO) an Minister ANTONIADIS zur Umsetzung der europäischen Vorgabe zur Netto-Null Flächen-Neuinanspruchnahme**

Seit den frühen 2000er Jahren beschäftigt sich die EU-Kommission mit dem Thema Bodenschutz. 2011 wurde erstmals im Rahmen des "Fahrplans für ein ressourcenschonendes Europa" das Ziel ausgerufen, "dass bis 2050 netto kein Land mehr verbraucht wird". Außerdem will man die Qualität des Bodens wieder verbessern (Erosionsschutz, höherer Gehalt an organischen Stoffen, Sanierung von belasteten Standorten). Diese Netto-Null Flächen-Neuinanspruchnahme, heißt also, man will einen Status Quo zwischen bebautem und unbebautem Land aufrechterhalten. Das Ziel findet man auch in abgeschwächter Form in der Zielsetzung des Gesetzbuches für räumliche Entwicklung, so in der Bestimmung, dass falls nicht zur Verstädterung bestimmte Gebiete in zur Verstädterung bestimmte Gebiete umgewandelt werden, diese planologisch ausgeglichen werden müssen. Das heißt konkret, dass zur Wahrung des Gleichgewichtes ebenfalls eine Umwandlung in die andere Richtung stattfinden muss: Einfach ausgedrückt: Bauland muss der Natur zurückgegeben werden. Es gibt jedoch eine Reihe von Ausnahmen, bei denen diese Regel ausgesetzt wird - bei der sog. Auffüllregel oder wo der Ausgleich nur zu einem gewissen Prozentsatz angewandt wird - wie z.B. bei Gebieten kommunaler oder regionaler Bedeutung.

2021 legte die EU-Kommission dann ihre Strategie für 2030 - "Die Vorteile gesunder Böden für Menschen, Lebensmittel, Natur und Klima nutzen" vor. Darin werden die Mitgliedstaaten aufgefordert bis 2023 "ihre eigenen ehrgeizigen nationalen, regionalen und lokalen Ziele zur Verringerung des Netto-Flächenverbrauchs bis 2030 festlegen, um einen messbaren Beitrag zum EU-Ziel für 2050 zu leisten, und über die Fortschritte Bericht erstatten". Flandern ist dem schon zuvor nachgekommen und die Wallonie versucht gerade im zweiten Anlauf ein neues SDT (Raumentwicklungsschema) zu verabschieden, um diesem Ziel ebenfalls nachzukommen.

In der DG sind in der Phase 2 einer dreiphasigen Reform keine Anstrengungen unternommen worden, um dem europäischen Ziel der Netto-Null Flächeninanspruchnahme gerecht zu werden. Dafür haben Sie auf die anstehende Phase 3 verwiesen, wo Mittels externer Experten ein eigenes Raumentwicklungsschema für die DG erarbeitet wird.

Dazu habe ich folgende Fragen an Sie, Herr Minister Antoniadis:

1. Wird die DG rechtzeitig, also noch 2023, Ihren Beitrag zum Ziel der Netto-Null Flächenneuanspruchnahme leisten?
2. Welche Koordinierung findet in Belgien statt, um die Entwicklungspfade und Strategien der verschiedenen Regionen gemeinsam zu messen und der EU-Kommission zurück zu melden?
3. Da der Text auch lokale Ansätze erwähnt, welche Anreize gibt es seitens der DG für Gemeinden, sich selbst diesem Ziel zu verpflichten (z.B. durch kommunale oder plurikommunale Entwicklungsschemas)?

• **Frage Nr. 1515 von Herrn LAMBERTZ (SP) an Ministerpräsident PAASCH zur Kritik der EU-Kommission an den belgischen Haushaltsplänen**

Vor einigen Tagen wurde bekannt, dass die EU-Kommission die belgischen Haushaltspläne für das Jahr 2024 kritisiert hat und dass möglicherweise diesbezügliche Sanktionen nicht ausgeschlossen werden können.

Dazu meine Frage:

- Inwieweit betrifft die Kritik der EU-Kommission auch den Haushalt der DG?

- **Frage Nr. 1516 von Herrn LAMBERTZ (SP) an Ministerpräsident PAASCH zu den Projekten der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Rahmen des Resilienz- und Wiederaufbaufonds**

Vor kurzem hat die belgische Regierung bei der Europäischen Union einen Zwischenstand ihrer Projekte im Rahmen des Resilienz- und Wiederaufbaufonds hinterlegt. Dabei wurde deutlich, dass es bei einer ganzen Reihe von Projekten Rückstände bei der Verwirklichung gibt und dass gewisse Projekte sogar ausfallen.

Dazu meine Fragen:

1. Wie steht es in diesem Zusammenhang um die Projekte der Deutschsprachigen Gemeinschaft?
2. Gibt es Verzögerungen und welche Auswirkungen könnten diese gegebenenfalls haben?